

# Die Ost-Wut auf die Grünen

Warum sie für viel Ost-West-Streit sorgen

Wieso viele Ostler sie nicht mögen

Wie sie den Osten verspielt haben

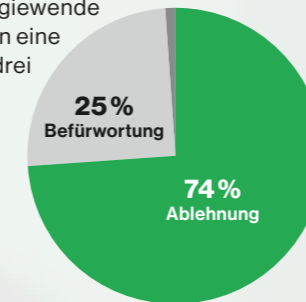
Seitdem die Grünen in der Ampel-Koalition Teil der Macht sind, tut sich neuer Ost-West-Streit auf. Die Grünen werden im Osten kaum gewählt (siehe Grafik rechts). Viele Ostdeutsche fremdeln mit der in Schlüsselthemen aktuell stark von den Grünen bestimmten Bundespolitik. Hier einige Beispiele, mit denen die beiden mächtigsten Grünen-Politiker, Robert Habeck und Annalena Baerbock, im Osten besonders wenig punkten konnten. Und auf Seite 22 lesen Sie, was zwei ostdeutsche Grünen-Politiker zu der Kritik an ihrer Partei sagen.



Die mächtigste Frau der Grünen: Annalena Baerbock, 42, Bundesaußenministerin. Sie stammt aus Niedersachsen

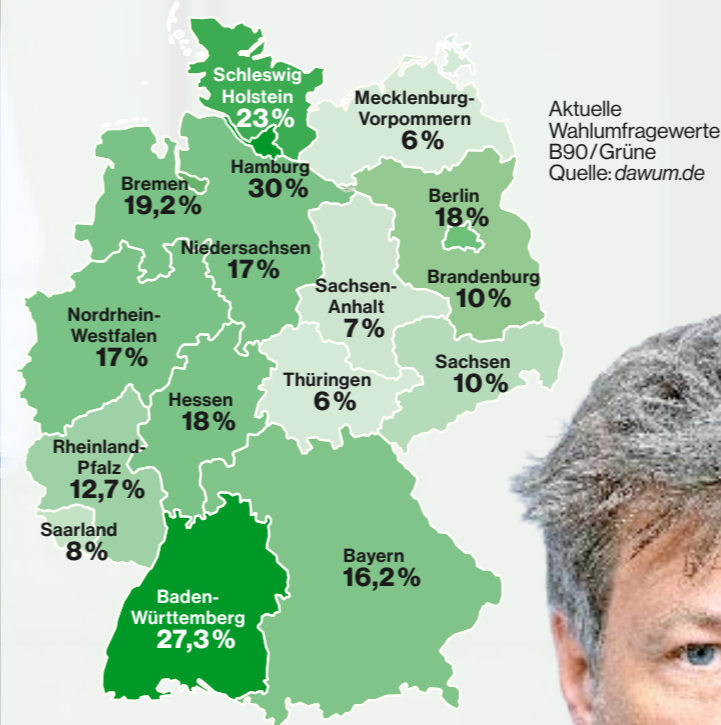
## Kohleausstieg 2030 Der Osten hält diesen grünen Plan für vermessen

Drei Viertel aller Ostdeutschen lehnen den frühen Kohleausstieg ab. Das ist das Ergebnis einer zwar nicht repräsentativen, aber wissenschaftlich begleiteten Umfrage, die der MDR Anfang 2023 unter 25 000 Menschen aus den drei ostdeutschen Bundesländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen durchführte. Obwohl die Energiewende hin zu Erneuerbaren auch im Osten eine breite Unterstützung findet, geht drei Viertel der von den Grünen geforderte Kohleausstieg bis 2030 zu schnell. Und vielen Ostdeutschen ist diese Forderung zu radikal.



## Im Westen Volkspartei, im Osten „unter ferner liefen“

Im Westen sind die Grünen in vielen Bundesländern inzwischen Volkspartei. Im Osten blieben sie fast überall schwach. Nur bei AfD und Linken unterscheiden sich die Umfragewerte zwischen Ost und West ähnlich stark.



## Flüssiggas

### Die Empörung über die „grünen“ Gas-Hafen-Pläne vor Rügen

Direkt vor der Küste Rügens, in direkter Nachbarschaft zum Biosphärenreservat Südost-Rügen soll nach Plänen der Bundesregierung und einer Firma das größte Off-Shore-LNG-Terminal Europas entstehen. Dagegen laufen viele Anwohner Sturm, über 50 000 Menschen forderten in einer Petition, das Projekt solle nicht in das „LNG-Beschleunigungsgesetz“ des grünen Vize-Kanzlers Robert Habeck aufgenommen werden.



Eine Demo am Strand auf Rügen gegen den dort geplanten LNG-Hafen

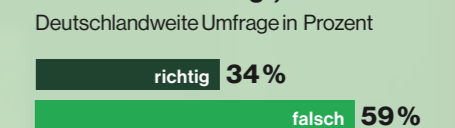
## Atomkraft

### Der Ost-Frust über den Ausstieg

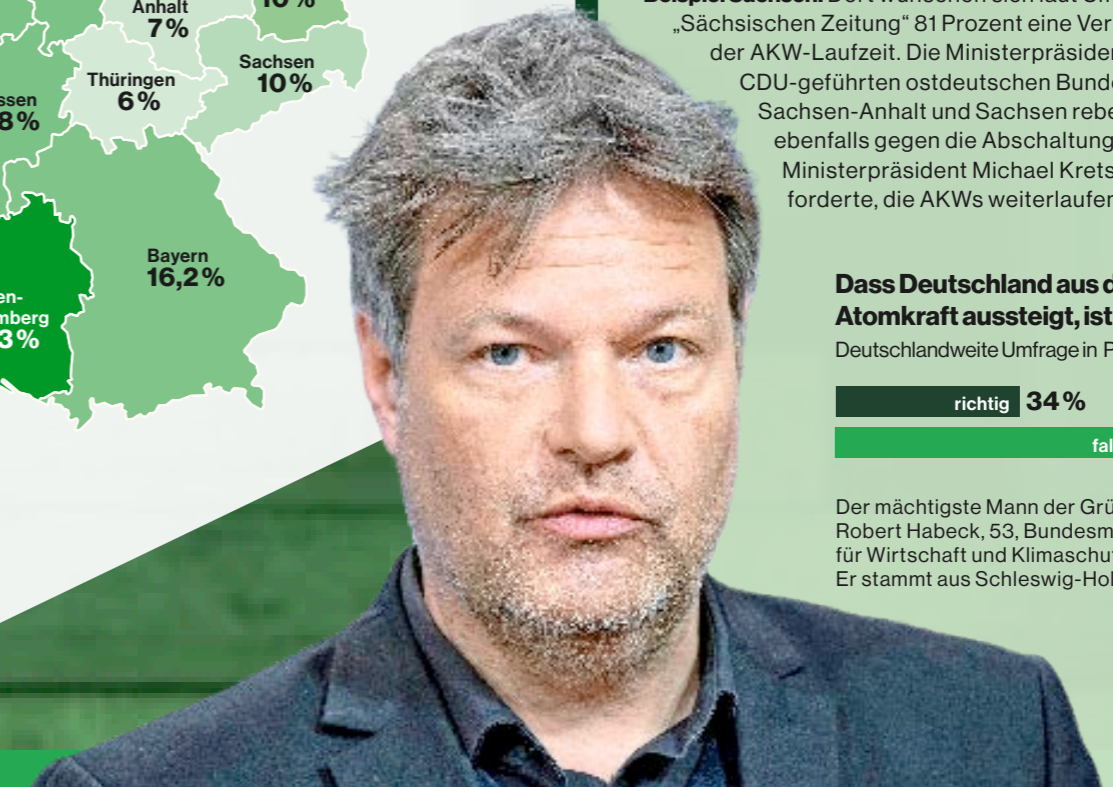
Laut „ARD-DeutschlandTrend“ vom 14. April hält eine breite Mehrheit (59 Prozent) aller Deutschen die Abschaltung der letzten drei Atomkraftwerke, die am 15. April erfolgte, für falsch. Dass vor allem die Grünen ausgerechnet in der größten Energiekrise des Landes die Abschaltung durchdrücken, verstehen vor allem die Ostdeutschen nicht. Viele fürchten weiter steigende Preise oder gar Stromausfälle.

**Beispiel Sachsen:** Dort wünschen sich laut Umfrage der „Sächsischen Zeitung“ 81 Prozent eine Verlängerung der AKW-Laufzeit. Die Ministerpräsidenten der CDU-geführten ostdeutschen Bundesländer Sachsen-Anhalt und Sachsen rebellieren ebenfalls gegen die Abschaltung, Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer forderte, die AKWs weiterlaufen zu lassen.

### Dass Deutschland aus der Atomkraft aussteigt, ist...



Der mächtigste Mann der Grünen: Robert Habeck, 53, Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz. Er stammt aus Schleswig-Holstein



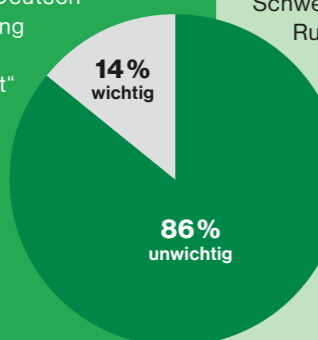


# Deshalb treffen die Grünen im Osten auf Unverständnis



## Putin-Sanktionen Der Öl-Frust von Schwedt

Während andere EU-Länder wie Ungarn Ausnahmeregelungen bekamen, drängte Deutschland auch auf Druck der Grünen auf einen schnellen Öl-Boykott gegenüber Russland. Der Osten ist davon besonders betroffen. Die ostdeutsche Raffinerie in Schwedt lief bisher komplett mit Russen-Öl, die Raffinerie in Leuna teilweise. Wegen des Embargos war Schwedt gar von der Schließung bedroht, die Versorgung der Region mit Spirit in Gefahr. In Schwedt stellte sich Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck im Mai 2022 empörten Arbeitern (Foto oben).



## Gendern Geschlechterbetonte Sprache? Nein, danke!

Fast zwei Drittel aller Deutschen lehnen laut Umfrage von Infratest dimap gendergerechte Sprache ab, wie sie viele Grünen-Politiker im Alltag praktizieren. Im Osten Deutschlands ist diese Abneigung noch deutlicher (siehe Umfrage von „MDRfragt“ von Juli 2021, rechts). Demnach halten 86 % der Menschen in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt Gendern für unwichtig.

## Ukraine-Politik Die ostdeutsche Skepsis

Nun auch schwere Panzer in die Ukraine zu liefern, wird neben den Ampel-Parteien auch von der Union unterstützt. Trotzdem werden die Panzerlieferung von vielen vor allem als „grünes Projekt“ wahrgenommen. In der Tat setzt die grüne Bundesaußenministerin Annalena Baerbock besonders konsequent auf eine „militärische Lösung“. Und laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa im Auftrag von RTL von Anfang April 2023 ist die Unterstützung für noch mehr Waffenlieferungen an die Ukraine bundesweit unter Grünen-Anhängern am höchsten (78%). Während es dabei im Westen eine knappe Mehrheit für mehr Waffen für die Ukraine gibt (51%), lehnen 72 Prozent aller Ostdeutschen eine Erhöhung der Waffenlieferungen ab. Auch die Sanktionspolitik stößt im Osten auf mehr Skepsis als im Westen (siehe unten: Umfrage von Infratest dimap / Herbst 2022).

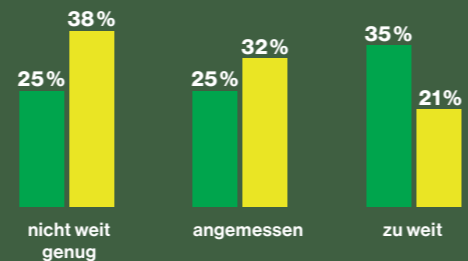


Bundesaußenministerin Baerbock mit ihrem ukrainischen Amtskollegen Dmytro Kuleba

## Sanktionsmaßnahmen gegen Russland

Umfrage in Prozent

■ Ostdeutschland ■ Westdeutschland



# Bündnis 90 So verspielten die Grünen ihr Ost-Erbe

Eigentlich fing die Geschichte der Grünen mit dem Osten gut an. Nach Kräften halfen viele grüne Politiker in den 1980ern der DDR-Bürgerbewegung jenseits der Mauer, darunter die Grünen-Mitgründer Petra Kelly und Otto Schily – hier mit einem Protestplakat bei einem DDR-Besuch 1984.



Weniger rühmlich war ihr damaliges Treffen mit SED-Chef Honecker, bei dem der deutschlandpolitische Sprecher der Grünen, Dirk Schneider (im Foto rechts hinter Honecker), dem Machthaber einen „Friedensvertrag“ überreichte. Nach der Wende kam heraus, dass Schneider jahrelang Stasi-Spitzel und Einflussagent in der Grünen-Spitze gewesen war – und möglicherweise auch Petra Kellys Mann, Gert Bastian, sich von der Stasi instrumentalisieren ließ.

Trotzdem war das Engagement vieler Grüner für die ostdeutsche Freiheitsbewegung, die in der friedlichen Revolution 1989 mündete, ehrlich. Als einzige „West-Partei“ hatten die Grünen deswegen 1990 einen Partner auf Augenhöhe, das Bürgerrechtler-„Bündnis 90“. Weil bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 nur die Ost-Bündnis-Grünen über die 5-Prozent-Hürde kamen, repräsentierten acht ostdeutsche Bürgerrechtler damals die gesamtdeutsche Partei vier Jahre lang im Bundestag (siehe Foto unten). Zwischen den West-Grünen und den Ost-Bürgerrechtlern lagen Welten, es gab viel Streit. Bürgerrechtler Konrad Weiß (hinten, 2. v. l.) war nach dieser Erfahrung mit den West-Grünen der Meinung, die einzige Partei, der er noch angehören wolle, sei die „Konrad-Weiß-Partei“. Der Bürgerrechtler Gerd Poppe (hinten, 2. v. r.) wurde auf den Posten eines „Menschenrechtsbeauftragten“ weggelobt. Mit Werner Schulz (hinten, ganz rechts) war zumindest ein Ostdeutscher eine Weile als Fraktionssprecher in Führungsposition, wenn auch als Außenseiter gegen die damaligen westdeutschen Partei-Gurus Joschka Fischer und Jürgen Trittin. Weil sie die ostdeutschen Bürgerrechtler einen nach dem anderen abservierten, wurden die Grünen in den Augen vieler ostdeutscher Wähler damit ebenso zur „West-Partei“ wie Union oder SPD. Viele links orientierte Ostdeutsche wählten stattdessen lieber die Linke. Oder sie schwenkten um zur CDU, wie die ostdeutsche Grünen-Politikerin Vera Lengsfeld (auf dem Foto vorn rechts). Heute gilt sie übrigens als AfD-nah.

Mit der Thüringerin Katrin Göring-Eckardt war zumindest eine Ostdeutsche von 2002 bis 2005 und von 2013 bis 2021 lange Ko-Vorsitzende der B90/Grünen-Bundestagsfraktion. Ein Regierungsamt bekam sie jedoch nie – und hat es auch jetzt nicht, obwohl die Grünen in der Regierung sind. Dabei legen die Grünen auf „Quoten“ viel wert, achten bei Nominierungen darauf, dass für sie genug Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund oder sexueller LGBT-Orientierung antreten. Eine „Ostquote“ für den Parteivorstand gibt es dagegen schon seit 2008 nicht mehr.



Die Ostdeutschen von Bündnis 90/Grüne im Bundestag 1990. Hinten: Wolfgang Ullmann, Konrad Weiß, Klaus-Dieter Feige, Gerd Poppe, Werner Schulz. Vorn: Christina Schenk, Ingrid Köppe, Vera Lengsfeld



Interview mit zwei Ost-Grünen

# Verstehen die Grünen den Osten nicht?

Das fragten wir die Grünen-Politiker **Paula Piechotta** und **Stefan Gelbhaar**, die in Leipzig und Ost-Berlin noch vergleichsweise viele Stimmen holen

**D**er Jurist Stefan Gelbhaar, 1976 in Ost-Berlin geboren, eroberte bei der Bundestagswahl 2021 mit 25,5 Prozent der Erststimmen (als erster Grüner überhaupt) als Direktkandidat einen rein ostdeutschen Wahlkreis, Berlin-Pankow. Die Medizinerin Paula Piechotta, 1986 in Gera geboren, verpasste ein Direktmandat im Bundestagswahlkreis „Leipzig II“ mit 18,4 Prozent als Zweitplatzierte nur knapp. Piechotta ist ostdeutsche Sprecherin der Bündnis 90/Grünen-Bundestagsfraktion.

► **Frau Piechotta, Herr Gelbhaar, in den meisten anderen Ost-Regionen sieht es für die Grünen mau aus. Verstehen Ihre Partei den Osten nicht?**

**Piechotta:** Nein. Wir verstehen den Osten sehr gut. Man muss die Wahlergebnisse auch richtig

interpretieren. Dass wir im Osten schlechter abschneiden als z.B. in Baden-Württemberg, liegt auch an der unterschiedlichen Bevölkerungsstruktur. Bei jüngeren Menschen und bei Stadtbewohnern haben wir mehr Wähler als bei Älteren und Landbewohnern. Und bei Menschen, die sich selbst wohlhabend fühlen. Der Altersschnitt im Osten ist höher, die Bevölkerung ländlicher. Und die Zahl derer, die sich wohlhabend fühlen, geringer. Wahlergebnisse wie bei mir in Leipzig oder bei Stefan Gelbhaar in Berlin zeigen aber auch, dass man auch das nicht pauschalisieren kann. Wir haben zugelegt, v.a. in den Städten.

► **Mit Ihrem Umweltkurs ernten Sie im Osten viel Gegenwind, wie zuletzt zum Atomkraft-Aus Mitte April.**



Stefan Gelbhaar, 46, ist Bundestagsabgeordneter für B90/Grüne aus Berlin-Pankow

**Gelbhaar:** Sehe ich anders: Die Skepsis gegenüber der Atomkraft war spätestens nach Tschernobyl im Osten auch sehr groß. Und es gab schon 1990 einen großen Konsens, die ostdeutschen Atomkraftwerke abzuschalten. Und nach Fukushima gab es auch im Osten eine breite Mehrheit in den Umfragen für einen schnellen Ausstieg.

► **Jetzt sorgen die hohen Strompreise und die Angst vor dem Blackout für Empörung.**

**Gelbhaar:** ...ein Blackout, zu dem es nicht kam – und der auch nicht zu erwarten ist. Der Strompreis ist durch die Abschaltung der Atomkraftwerke am 15. April übrigens auch nicht gestiegen. Der Atomausstieg wurde über Jahrzehnte gut vorbereitet.

► **Auch die Sanktionspolitik gegenüber Russland stößt bei vielen Ostdeutschen auf Skepsis. Grünen-Minister Robert Habeck musste sich wegen des Russen-Öl-Embargos vor Arbeitern der Öl-Raffinerie Schwedt Protesten stellen ...**

**Piechotta:** Wir haben für die Raffinerie in Schwedt – und übrigens auch für die in Leuna – Lösungen gefunden. Die Jobs dort sind sicher.

► **Ein ziemlich kurioses Spannungsfeld tun Sie sich mit ihrer Forderung nach einer**

**gengerechten Sprache an. Ein Großteil der Ostdeutschen lehnt die „Sternchen-Sprache“ ab.**

**Piechotta:** Sprache verändert sich, junge Menschen sehen das oft anders als Ältere. Sie halten es für wichtig, geschlechtergerecht zu reden und zu schreiben.

**Gelbhaar:** Es geht um Höflichkeit und Anstand, um eine korrekte Sprache, wir wollen da ein Vorbild geben ohne Otto Normalbürger Vorschriften zu machen. Die das machen wollen, mögen es machen, die anderen halt nicht.

**Piechotta:** Wir sollten die Gender-Debatte entspannt sehen, es gibt weit wichtigere Themen, über die wir uns einigen müssen.

► **Zur Wiedervereinigung trat Bündnis 90/Grüne 1990 als Ost-Partei an. Dieses Erbe haben Sie offenbar verspielt?**

**Piechotta:** Es ist ein Erbe, auf das wir sehr stolz sind. Der Anfang war schwer, weil die grünen Bürgerrechtler von 1990 – anders als die CDU oder Die Linke damals – kein großes Organisationsnetz aus DDR-Zeiten hatten. Auch die massenhafte Abwanderung vor allem junger Menschen aus dem Osten trug viele Jahre zu unseren schlechten Wahlergebnissen bei. Inzwischen legen wir aber auch im Osten von Wahl zu Wahl zu, wenn auch langsam. **Gerald Praschl**



Dr. Paula Piechotta, 36, ist Sprecherin der Landesgruppe Ost der Grünen im Bundestag